Stand: 10.11.2025 09:16:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/563

"Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/563 vom 04.02.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1030 des KI vom 12.02.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/1495 vom 03.04.2014
- 5. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.02.2014

geänderte Drucksache 17/563

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)

Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist stolz auf die aus dem Freistaat stammenden Sportlerinnen und Sportler, die bei den Olympischen Spielen in Sotschi um Medaillen und Höchstleistungen kämpfen. Wir wünschen unseren Athleten viel Erfolg und wunderbare Momente der sportlichen und persönlichen Begegnungen mit Menschen aus aller Welt. Mögen sich der Trainingsfleiß, die Anstrengungen und Entbehrungen der Sportler in Anerkennung und Ruhm verwandeln.

Wir wünschen uns friedliche Spiele, ein internationales Fest der Jugend, der Freude und der gegenseitigen Akzeptanz – beseelt vom olympischen Geist. Denn nicht Kommerz und Prunk, sondern Völkerverständigung, Fairness und Menschlichkeit sind der ursprüngliche Kern der olympischen Bewegung.

Mit großer Sorge beobachtet der Landtag zugleich die Menschenrechtssituation im Austragungsland Russland. Die demokratischen Grundrechte und die rechtstaatlichen Prinzipien finden dort leider nur unzureichende Beachtung. Gerade die aggressive Diskriminierung Homosexueller ist unerträglich.

Der Landtag fordert das Olympische Komitee (IOC) und westliche Politiker auf, vor Ort in Sotschi die Chance zu nutzen, gegen eine Instrumentalisierung des Sports durch die Propaganda von Russlands Präsident Putin aufzutreten und stattdessen offensiv für Demokratie und Menschenrechte zu werben.

Begründung:

Russland stellt sich als weitgehend autokratisches politisches System dar. Präsident Putin hat nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse und verhindert demokratische Reformen.

Die meisten Grundrechtsverletzungen, mit denen sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im vergangenen Jahr befasst hat, betrafen Russland. In 129 Fällen entschieden die Richter in Straßburg gegen Moskau, wie der offiziellen Statistik des Gerichtshofs zu entnehmen ist. Ende 2013 waren noch 16.800 Beschwerden anhängig.

Auch andere unabhängige Beobachter wie Amnesty International und Human Rights Watch haben wiederholt auf inakzeptable Entwicklungen hingewiesen. Dazu zählen ein höchst fragwürdiges Demokratie- und Rechtsverständnis, das der Opposition demokratische Teilhabe verweigert, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Pressefreiheit einschränkt. Zudem werden die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen behindert und Homosexuelle staatlich diskriminiert.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über die beiden Dringlichkeitsanträge in Sachen Abschiebung nach Afghanistan. Die Anträge werden getrennt. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betreffend "Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan!" auf der Drucksache 17/557. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.33 bis 17.38 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wieder außerhalb des Saales ermittelt.

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/576 betreffend "Abschiebungen nach Afghanistan einstweilen aussetzen!" der Fraktion FREIE WÄHLER. Hierfür sind die Urnen bereitgestellt. Für die Abstimmung haben Sie drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.38 bis 17.41 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird ebenfalls außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen später mittgeteilt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/558, 17/562 bis 17/564 sowie 17/577 bis 17/579 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt bis auf die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse vorerst erledigt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung **Tagesordnungspunkt 5** und die **Listennummer 4** der Anlage zur Tagesordnung auf:

Dringlichkeitsantrag Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kurswechsel in der Flüchtlings- und Asylpolitik umsetzen (Drs. 17/46)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Endlich handeln! - Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern (Drs. 17/49)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag datiert vom 30. Oktober 2013 und beinhaltet die Forderung, einen Kurswechsel in der Flüchtlingsund Asylpolitik umzusetzen. Wir befinden uns in der guten Situation, dass zumindest von der Staatsregierung ein Kurswechsel in der Asylpolitik angekündigt wird. Allerdings haben die Betroffenen vor Ort davon leider noch nichts gemerkt. Unser großes Anliegen besteht darin, dass schneller etwas geschehen muss, um die materielle Lage der Asylbewerber zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, einen Augenblick, bitte. Können wir bitte noch eine Stunde lang alle Gruppengespräche nach draußen verlegen? Das Gemurmel dringt bis hier vorne durch und stört beim Zuhören. Bitte verlegen Sie die Gruppengespräche nach draußen. - Vielen Dank.

Christine Kamm (GRÜNE): Der erste Punkt betrifft die Aufhebung der Residenzpflicht. Nach wie vor haben Asylbewerber beispielsweise bei der Arbeitsaufnahme oder bei Sprachkursen Schwierigkeiten, die Bezirksgrenzen zu überschreiten. Dieser Forderung könnte man schnell entsprechen.

Die zweite Forderung betrifft die Abschaffung der Essenspakete. Die Verträge sind zwar gekündigt worden, aber für viele Asylbewerber hat sich die Lage fast verschlimmbessert. Sie bekommen jetzt keine Essenspakete mehr, sondern werden durch Catering versorgt. Dieser Zustand ist möglicherweise auf die Dauer noch schlechter zu ertragen als die Versorgung durch Essenspakete. Wir müssen von dieser Zentralversorgung wegkommen. Dafür ist bei den zuständigen Personen in den Landkreisen und Bezirken noch viel Arbeit zu leisten.

Der nächsten Forderung nach der Aufhebung der Lagerpflicht müssen wir bald entsprechen. Wir müssen endlich anfangen, die dezentrale Unterbringung so schnell wie möglich voranzubringen. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind nicht geeignet, für einen längeren Zeitraum dem Wohnen zu dienen. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Eine Familie wohnt in einem etwa 16 Quadratmeter großen Raum. Auf der



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/1030 12.02.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/563

Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Dr. Paul Wengert Berichterstatter: Mitberichterstatter: Norbert Dünkel

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 12. Februar 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

03.04.2014 Drucksache 17/1495

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)

Drs. 17/563, 17/1030

Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote Abg. Christine Kamm Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon

den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm. Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes – Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Ballungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

s bedeuten:	
E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
Ġ)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
,	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
•	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei in Bayern Drs. 17/429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Demografie der Bayerischen Polizei Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2023" Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
 Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013
 Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
 Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!
 Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

	A		ENTH	ENTH	
7.	Dringlichkeitsantrag de Dr. Florian Herrmann u Friedliche und faire Ol Drs. 17/578, 17/1029 (u.a. und Fraktion (CSL ympische Winterspiele	J)	meier,	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		Sport		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	Z		ENTH	
	Die SPD-Fraktion hat zugrunde zu legen.	beantragt, das Votu	m Zustimmung der A	bstimmung	
8.	Antrag der Abgeordne Dr. Florian Herrmann u Änderung des Bestatti Schaffung einer Recht von Grabmalen aus au Drs. 17/580, 17/1204 (u.a. CSU ungsgesetzes; sgrundlage für ein Ver usbeuterischer Kindera ENTH)	wendungsverbot		
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	ENTH		ENTH	
9.	Antrag der Abgeordne Karl Freller u.a. CSU Ausweitung von Kinde Drs. 17/626, 17/1048 (Votum des federführer Fragen des öffentliche	rbetreuungsmöglichke E) nden Ausschusses für		enstete	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z		Z	Z	

zur 14. Vollsitzung am 3. April 2014

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme des Freistaats Bayern am "Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit" Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z